

Abschiebungen:

Ageeb war das fünfte Todesopfer

Empörung hält sich in Grenzen, nur Schily löst teilweise Ärger aus Flüchtlinge

Der Frankfurter Flughafen wurde zum Tränenpalast für Flüchtlinge

Foto: dpa

Von Marina Mai

Die Entscheidung von Bundesinnenminister Otto Schily, die Abschiebung von Flüchtlingen teilweise auszusetzen, hat unterschiedliches Echo ausgelöst. Der tödliche Zwischenfall selbst stieß dabei nur auf verhaltene Reaktionen.

Dabei war der Sudanese Aamir Ageeb laut einer Dokumentation der Antirassistischen Initiative in Berlin bereits der dritte Flüchtling, der seit der Änderung des Asylrechtes 1993 infolge einer Abschiebung ums Leben kam, das dritte Todesopfer in einem Flugzeug. Der Sudanese, der sich gegen seine Abschiebung zur Wehr gesetzt hatte, war am Freitag ums Leben gekommen, nachdem ihn die Beamten im Flugzeug »fixiert« hatten, um seinen Widerstand zu brechen. Auch der dem Flüchtling »zu seinem Schutz« aufgesetzte Motorradhelm sei übliche Praxis der Beamten, die damit die Bewegungsfähigkeit der Abzuschiebenden einschränken, geht aus der Dokumentation der Initiative hervor. Auch sei es üblich, daß Abzuschiebende Stunden vor dem Flug weder Essen noch Trinken erhielten, damit die gefesselten Menschen nicht zur Toilette müßten.

Die Antirassistische Alternative ruft Passagiere und Besatzungen von Flugzeugen zu Protesten gegen Abschiebungen auf. So sei im vergangenen Jahr die Abschiebung eines Ghanaers ab Berlin-Schönefeld gescheitert, weil sich die Besatzung der bulgarischen Fluggesellschaft geweigert hatte, den Mann mitzunehmen. Seine Anwältin hatte die Flugbesatzung über die Gefahr informiert, die ihrem Mandanten nach einer Abschiebung drohe. Passagiere könnten, so die Antirassistische Initiative, »durch , Nichtanschnallen oder Aufstehen den Start einer Maschine verhindern, wenn unfreiwillige Passagiere an Bord seien. Schilys Ankündigung, vorerst keine Ausländer mehr per Flugzeug abzuschieben, bei denen mit Widerstand zu rechnen ist, bezeichnete Cem Özdemir, Innenexperte des kleineren Koalitionspartners als »überfällig«. Hingegen kritisierte Parlamentsvizepräsident Rudolf Seiters (CDU)

dies als »falsches Signal«. Die Entscheidung ermuntere Abschiebehäftlinge geradezu zu gewalttätigem Widerstand, weil dies jetzt der sicherste Weg sei, um in Deutschland bleiben zu können. Hingegen forderte die PDS-Innenpolitikerin Petra Pau den Rücktritt von Schily. Es sei lange bekannt gewesen, daß Abschiebungen mit Fesseln, Knebeln, Beruhigungsspritzen und anderen

Gewaltanwendungen vollzogen würden, die eine Gefahr für Leib und Leben darstellen. Pau begrüßte die vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen per Flugzeug, forderte aber auch ein Verbot von gewaltsamem Ruhigstellen während der Abschiebung.

Das Echo in Deutschland auf den tragischen Zwischenfall wird international offenbar als vergleichsweise zurückhaltend bewertet. Anders als nach ähnlichen Vorfällen in Belgien und Österreich sei die öffentliche Empörung hier ausgeblieben, stellte beispielsweise »Die Presse« in Wien fest. Belgiens Innenminister Louis Tobback, ein Sozialist, war im vergangenen Jahr nach dem Tod einer Nigerianerin, der während ihrer Abschiebung ein Kissen vors Gesicht gedrückt worden war, im Ergebnis öffentlicher Proteste zurückgetreten. Vor vier Wochen stieß in Österreich Innenminister Karl Schlögl wegen des Todes eines während seiner Abschiebung gefesselten und geknebelten Nigerianers auf die Kritik aller Parteien, Jörg Haider's FPÖ ausgenommen. Schlögl setzte bis zu einer Überprüfung der Abschiebepaxis alle Abschiebungen aus. In einer gemeinsamen Erklärung haben am Montag die Flüchtlingshilfeorganisation Pro Asyl und Algeria-Watch darauf aufmerksam gemacht, daß am heutigen Dienstag das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien in Kraft tritt. Abgeschobene Asylbewerber werden dann schon auf deutschen Flughäfen von Sicherheitskräften des nordafrikanischen Landes in Empfang genommen, deutschen Beamten werde damit quasi die »schmutzige Arbeit« abgenommen. Das Abkommen war noch unter Verantwortung der vorhergehenden Bundesregierung geschlossen worden. Pro Asyl und Algeria-Watch appellieren in ihrer Erklärung an Bundesinnenminister Otto Schily, das Abkommen zu annullieren. Die rotgrüne Bundesregierung bereite derzeit Massenabschiebungen nach Algerien vor, über 7000 Menschen, darunter Familien, seien von diesen Plänen betroffen. In einer ersten Phase, sollen den Informationen zufolge bis zu 30 Flüchtlinge pro Flug abgeschoben werden. Bereits jetzt arbeiten die Behörden beider Länder effektiv bei der »Identifizierung« abzuschiebender Flüchtlinge zusammen. Und das, obwohl Oppositionelle und Deserteure in Algerien Gefahr laufen, zu »verschwinden«, gefoltert oder gar getötet zu werden, wie beide Organisationen in der Erklärung betonten.